

Antrag Nr. 11-O-02-0019

SPD-Fraktion

Betreff:

Ständige Beratungsstelle für potentielle Behörderbesucherinnen und -besucher

Antragstext:

Antrag der SPD-Fraktion:

Die AMIQUS-Befragung der Hochschule Rhein-Main im Westend hat u. a. ergeben, dass insbesondere ältere Migrantinnen und Migranten mit notwendigen Behördengängen extreme Schwierigkeiten haben. Allein der u. U. erforderliche Umgang mit Formularen erweist sich häufig als unüberwindliche Hürde. Aber auch das Ziel des Behördenkontakts, der rechtliche Weg zur Erreichung einer Genehmigung etc. ist für viele ein Buch mit sieben Siegeln. Die Sprachbarriere an sich, aber auch speziell unvermeidbare juristische Sprachcodes bilden dabei das Haupthindernis. Die damit verbundene Ratlosigkeit führt häufig zur völligen Aufgabe der an sich notwendigen Behördenkonsultation.

Eine ständige Beratungsstelle, evtl. in Zusammenarbeit mit einem Wohlfahrtsverband, die z. B. mit pensionierten oder in Rente gegangenen ehemaligen öffentlichen Bediensteten ehrenamtlich besetzt werden könnte, wäre womöglich geeignet, das Problem zu minimieren. Über den Ausländerbeirat, den Verteiler des Integrationsamtes, die Kirchengemeinden, die Moscheevereine, die Wohlfahrtsverbände etc. könnte die Existenz einer solchen Beratungsstelle bei den Zielgruppen bekannt gemacht werden.

Antrag

Der Magistrat wird gebeten, eine ständige Beratungsstelle für potentielle Behördenbesucherinnen und -besucher, insbesondere für solche mit Zuwanderungsgeschichte, zu schaffen. Hinsichtlich der Ausgestaltung wird auf den zweiten Absatz des Vorspanns zu diesem Antrag verwiesen.

Wiesbaden, 30.05.2011